

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 88 848 ppbn d

Inhalt

Dr. Dieter Spöri MdB, Obmann der SPD im Bundestags-Finanzausschuß, kommentiert den Streit um die Neuverteilung der Steuereinnahmen: Stoltenberg ohne Konzept.
Seite 1

Egon Lutz MdB, Obmann der SPD im Bundestagsausschuß für Arbeit und Sozialordnung, bewertet die jüngsten Arbeitslosenzahlen der Nürnberger Bundesanstalt: Schwarzer Montag des Arbeitsmarktes. Seite 3

Beate Weber MdEP, Vorsitzende des EP-Ausschusses für Umweltfragen, Verbraucherfragen und Volksgesundheit, fordert eine dauerhafte Reduzierung der Luftbelastung: Zimmermann muß initiativ werden. Seite 5

Dokumentation

Der Hamburger Senator für Schule und Ausbildung, Professor Dr. Joist Grolle, hat die Lehrerinnen und Lehrer der Hansestadt aufgefordert, mit ihren Schulklassen intensiv über den 8. Mai zu sprechen. Wir dokumentieren seine Erklärung im Wortlaut.
Seite 6

40. Jahrgang / 24

4. Februar 1985

Stoltenberg ohne Konzept

Zum Streit um die Neuverteilung der Steuereinnahmen zwischen Bund und Ländern

Von Dr. Dieter Spöri MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Finanzausschuß des Deutschen Bundestages

Diese Woche berät der Bundesrat das Steuersenkungsgesetz. Schon jetzt zeichnet sich ab, daß ohne einen speziellen Finanzausgleich die für 1986 und 1988 geplante zweistufige Steuerentlastung im Bundesrat nicht durchsetzbar ist. Stoltenberg hat bei der Beschlußfassung des Kabinetts die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Schließlich zahlen Länder und Gemeinden zu 57,5 Prozent die Folgekosten seiner Steuerpläne.

Es handelt sich jedoch nicht um den einzigen Konflikt im föderalen Finanzausgleich, der gegenwärtig in eine Krise treibt, ohne daß der Bund seine Führungsrolle wahrnimmt. Niemals gab es so viele Länderklagen zum Finanzausgleich beim Bundesverfassungsgericht wie nach Amtsübernahme von Bundesfinanzminister Stoltenberg.

Der Bundesfinanzminister macht es sich zu leicht, wenn er - wie im Bericht der Bundesregierung zum Finanzaus-



ausgleich - glaubt, das Bundesverfassungsgericht könne politische Führung in dieser Frage ersetzen. Der Bund kommt nicht daran vorbei, einen Vorschlag zur Änderung der absurden Fehlentwicklungen im Finanzausgleich zu machen.

Es ist ein Unding, wenn zum Beispiel die annähernd zwei Milliarden Förder-
einnahmen des "Emirats" Niedersachsen nur zur Hälfte in den Finanzausgleich
eingerechnet werden und Niedersachsen wie ein finanzschwaches Land behandelt
wird. Es ist absurd, wenn die eigentlich den Finanzausgleich "ergänzende"
Bundesergänzungszuweisung in Bayern als Wachstumsland mit rund 350 Millionen
DM mehr als doppelt so hoch liegen wie die Zahlungen aus dem horizontalen
Finanzausgleich. Bayern wird so auf eine überdurchschnittliche Finanzkraft
hochsubventioniert. Dem gegenüber bekommt der Stadtstaat Bremen trotz seiner
wirtschaftlichen Probleme keinerlei Bundesergänzungszuweisungen, während
andererseits das Saarland mit einer höheren Finanzkraft Bundesergänzungszu-
weisungen und sogar noch zusätzlich 300 Millionen DM vom Bund erhält.

Angesichts dieser widersinnigen Ergebnisse des gegenwärtigen Finanzausgleichs
ist es ein Armutszeugnis, wenn der Bundesfinanzminister im Bericht der Bundes-
regierung zum Finanzausgleich den vom Bundestag schon 1982 geforderten Konsequenzen
mit Vertröstungen auf das Bundesverfassungsgericht völlig ausweicht.

(-/4.2.1985/rs/ks)

+ + +



"Schwarzer Montag" des Arbeitsmarktes

Anmerkungen zu den Arbeitslosenzahlen des Monats Januar 1985

Von Egon Lutz MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung

Welch eine Katastrophe! Im Januar 1985 waren laut offizieller Statistik der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit so viele Menschen in unserem Land arbeitslos wie noch nie: 2.619.409. Das entspricht einer Arbeitslosenquote von 10,6 Prozent, die ebenfalls seit 1948 und dem Beginn der Statistik im Jahre 1963 noch niemals erreicht wurde. Den absoluten Negativrekord hielt bis zum heutigen Tage der Monat Februar 1983 mit einer Arbeitslosenzahl von 2.535.836 und einer Quote von 10,4 Prozent. Fünf Monate nach der "Wende".

Noch nie war ein solches Ansteigen der Arbeitslosenzahlen von einem Monat zum nächsten zu verzeichnen wie heute um plus 294.226, und noch nie veränderte sich die Arbeitslosenquote im gleichen Zeitraum so dramatisch wie heute um plus 1,2 Prozent.

Die Katastrophe ist perfekt! Dabei muß zweierlei bedacht werden:

1. Die offizielle Statistik ist geschönt um circa eine Million Menschen, die ebenfalls arbeitslos sind, aber nicht als solche in die Arbeitsmarktzahlen eingehen.
2. Niemand kann heute garantieren, daß mit den Januar-Rekordzahlen bereits der Höchststand erreicht ist. Bei der Untätigkeit dieser Bundesregierung und ihrem Verständnis von Beschäftigungs- beziehungsweise Arbeitsmarktpolitik könnte der Februar 1985 ein noch schlimmeres Bild bieten.

In den Worten von Präsident Franke liest sich dies so: "Ich hoffe, dies ist nur ein durch den strengen Winter verursachter Einbruch. Auf jeden Fall werden seine Wirkungen aber nicht von heute auf morgen verschwinden, sondern noch einige Zeit ihre Spuren hinterlassen."

Auch die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl stieg im Januar 1985 wieder an.

Wenn dann CDU/CSU/FDP auch heute wieder nur die gleichen routinemäßigen Floskeln zu bieten haben wie der vor zwei Tagen zum "Ritter wider den tierischen Ernst" gekürte Bundesarbeitslosenminister wird der Skandal perfekt. Bodenloser Zynismus paart sich mit Ignoranz für die Nöte der von der Massenarbeitslosigkeit betroffenen Familien. Am heutigen "schwarzen Montag" kann niemand mehr die Augen vor den Folgen der Politik



dieser Bundesregierung verschließen, auch wenn diese sicherlich Zuflucht zum Wetter nehmen will. Jeder Schuldige muß herhalten, um nicht die eigene Unfähigkeit und die eigenen Versäumnisse eingestehen zu müssen, und wenn es der "strenge Winter" ist.

Dabei sprechen die Zahlen eindeutige Worte:

In den gewerblichen Berufen stieg die Zahl der Arbeitslosen von Dezember auf Januar um 266.800 auf 1,823 Millionen (plus drei Prozent gegenüber dem Vorjahr), während sie in den Angestellten-Berufen um 27.400 auf 796.000 zunahm (plus vier Prozent).

Die Zahl der arbeitslosen Männer wuchs um 262.000 oder 20 Prozent auf 1.580.500, die der Frauen um 32.000 oder drei Prozent auf 1.038.900. Die Zahl der Neuansmeldungen von Arbeitslosen war im Januar 1985 mit 556.200 außergewöhnlich hoch, sie ging um 17 Prozent über den Zugang des Vorjahres hinaus. Der Abgang aus der Arbeitslosigkeit blieb auf der anderen Seite mit nur 262.000 um acht Prozent unter der Vorjahresmarke.

Nur der Zugang an Stellenangeboten um 95.500 den Arbeitsämtern neu gemeldeten offenen Stellen liegt um vier Prozent über der Zahl des Vorjahres. Doch da "wegen des Wetters" (!) nicht so viele Stellen besetzt beziehungsweise vermittelt wurden, nahm der Bestand an offenen Stellen von Dezember auf Januar um 7.500 zu. Insgesamt waren bei den Arbeitsämtern Ende Januar 1985 87.500 offene Stellen gemeldet, 25 Prozent mehr als vor einem Jahr.

Die Zahl der Kurzarbeiter nahm im vergangenen Monat um 197.600 oder 74 Prozent auf 446.000 zu. Im Baugewerbe wurde dabei die Kurzarbeit merklich ausgeweitet, so daß es hier allein 180.000 Arbeitnehmer gab, deren Arbeitszeit um mehr als zehn Prozent gegenüber der betriebsüblichen Zeit eingeschränkt war (Zunahme gegenüber Dezember 76.400). Doch auch der Bergbau legte für 79.000 Arbeitnehmer Ausfallschichten ein, und auch in anderen Wirtschaftszweigen stieg die Zahl der Kurzarbeiter, vor allem im Holzarbeitergewerbe (plus 11.600 auf 27.300).

Nach den im Januar bei den Arbeitsämtern eingegangenen Anzeigen plante die Wirtschaft für 197.800 Beschäftigte Kurzarbeit (Vorjahr: 147.500). Die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen unter 20 Jahren lag bei 169.300, die der Ausländer bei 279.000 und bei den 59jährigen und älteren Arbeitnehmern waren 111.800 arbeitslos gemeldet. In allen Landesarbeitsamtsbezirken stiegen die Arbeitslosenzahlen im Januar, am stärksten um 29 Prozent beziehungsweise 25 Prozent in den Bezirken Südbayern (plus 54.600) und Nordbayern (plus 45.900).

Fürwahr eine Katastrophe!

(-/4.2.1985/bgy/rs)

+ + +



Luftbelastung dauerhaft reduzieren**Zimmermann darf nicht bei seiner hinhaltenden Taktik bleiben**

Von Beate Weber MdEP

Vorsitzende des EP-Ausschusses für Umweltfragen, Verbraucherfragen und Volksgesundheit
 Stellvertretende Vorsitzende des SPD-Parteirates und
 der Umweltkommission beim SPD-Vorstand

Die atemberaubenden Giftkonzentrationen in unserer Luft, die unlängst in einigen Bundesländern zu Smog-Alarm führten, sind kein einmaliges Unglück, sondern ein Dauerzustand. Deshalb habe ich in persönlichen Briefen an Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann und den baden-württembergischen Umweltminister Gerhard Weiser sowie in einer schriftlichen Anfrage an die EG-Kommission einschneidende Konsequenzen aus den Erfahrungen des jüngsten Smog-Alarm gefordert. Die Notwendigkeit dafür müßte auch jenen endlich klar geworden sein, die bislang die Verschmutzung der Luft und das Sterben der Wälder ignoriert und verharmlost haben.

Ursache dieser alarmierenden Luftbelastung sind die Schadstoffe aus Kraftfahrzeugen, Kraftwerken, der Industrie und den Haushalten, die sonst weiträumig verteilt werden. Dieses Mal sind sie jedoch auf die zurückgefallen, die sie verursachten und erzeugten. Daß nur in wenigen Städten Smog-Alarm ausgelöst wurde, liegt allein daran, daß nur in Nordrhein-Westfalen die im Bundesimmissionsschutzgesetz vorgesehenen Smog-Verordnungen vorhanden sind. Viele Bürger anderer Bundesländer haben deshalb überhaupt nichts von der Gefahr gewußt, die in der Luft lag. Dies gilt insbesondere für einige Bereiche in Baden-Württemberg.

Sollen in Zukunft ähnliche katastrophale Situationen vermieden werden, so sind umgehend die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. In erster Linie müssen die Luftbelastung insgesamt und dauerhaft reduziert und die im Bundesimmissionsschutzgesetz vorgesehenen Vorsorgemaßnahmen und Smog-Verordnungen überall verwirklicht werden.

Im einzelnen bedeutet dies, daß die Bundesregierung auf europäischer Ebene - also Bundesinnenminister Zimmermann im EG-Umweltministerrat - darauf drängen muß, daß die im Europäischen Parlament bereits beratenen EG-Richtlinien zur Verringerung des Stickoxidausstosses, der Schadstoffe aus Großfeuerungsanlagen und aus Kraftfahrzeugen schnellstens verabschiedet werden. Daneben darf nicht abgewartet werden, bis die Ergebnisse aus den von der Bundesregierung gewünschten Großversuchen zum Tempolimit vorliegen. Stattdessen sind Geschwindigkeitsbegrenzungen auf Autobahnen und Landstraßen, wie sie die SPD fordert, sofort einzuführen. Der öffentliche Personennahverkehr muß rascher und stärker als bisher ausgebaut werden. Jeder Straßenneubau ist daraufhin zu überprüfen, ob er umweltverträglich ist oder nur mehr Autoverkehr produziert.

Die Umweltminister der Bundesländer, die wie beispielsweise Baden-Württemberg keine oder nur unzureichende Smog-Verordnungen haben, müssen diesen Mangel umgehend beheben. Dabei ist zu berücksichtigen, daß es auch grenzüberschreitenden Smog gibt und die bislang genannten Schwellenwerte nach medizinischen Gutachten zu hoch sind. Zudem muß die Zahl der Meßstellen ausgeweitet werden, vor allem dort, wo hohe Luftbelastungen zu erwarten sind.

An die Adresse der Kommission der Europäischen Gemeinschaft geht die Forderung nach einer einheitlichen Smog-Richtlinie für alle zehn EG-Mitgliedsstaaten. Diese muß sicherstellen, daß grenzüberschreitende Informationen stattfinden und grenzüberschreitende Maßnahmen vorgenommen werden. Die Zeit drängt, denn keiner weiß genau, wann die nächste Smog-Wetterlage in Europa kommt. Sicher jedoch ist, daß dieselben Gifte, die überall in Europa die Wälder, die Seen und die Böden ruinierten, auch Menschen krank machen und töten können. Schon heute steht fest: Bundesminister Zimmermann trägt die Verantwortung für jeden weiteren Smog-Notstand, wenn die Bundesregierung nicht umgehend die Konsequenzen aus dem jüngsten Alarm zieht und die hinhaltende Taktik in Sache europäische Luftreinhaltung aufgibt.

(-/4.2.1985/rs/ks)

+ + +

D O K U M E N T A T I O NJoist Grolle zum 8. Mai: Schwur "Nie wieder Krieg" bleibt aktuell

Der Hamburger Senator für Schule und Ausbildung, Professor Dr. Joist Grolle, hat die Hamburger Lehrerinnen und Lehrer aufgefordert, mit ihren Schulklassen intensiv über den 8. Mai zu sprechen. Wir dokumentieren seine Erklärung:

"Liebe Kolleginnen und Kollegen,

im Mai dieses Jahres steht ein geschichtliches Datum an, das bereits Monate vorher Meinungen und Gegenmeinungen mobilisiert: die 40jährige Wiederkehr des Tages, an dem das vom Faschismus beherrschte Deutschland nach sechs blutigen Kriegsjahren bedingungslos die Waffen streckte. In einem solchen Augenblick, in dem in der gesamten deutschen Öffentlichkeit Erinnerungen geweckt und Mahnungen ausgesprochen werden, sind wir in der Schule unserer Jugend Rede und Antwort schuldig.

Es ist sicher nicht Sache der Schule, den öffentlichen Streit zu entscheiden, wie der 8. Mai zu begehen ist. Wohl aber können die unterschiedlichen Auffassungen ein geeigneter Ausgangspunkt sein, um in der Schule zu Gesprächen zu kommen, die der Bedeutung dieses Tages angemessen sind.

'Tag der Befreiung' - so wird der 8. Mai seit 1945 in zahlreichen Ländern Ost- wie Westeuropas begangen. Auch wenn der Kalte Krieg die Ost und West gemeinsame Erinnerung an die Befreiung vom Faschismus zeitweise überlagert hat, letztlich ist in allen von Hitlers Armeen unterdrückten Völkern das Aufatmen unvergessen, das am 8. Mai 1945 durch Europa ging. Es genügt für uns Hamburger, einen Blick in die Listen der Überlebenden des Konzentrationslagers Neuengamme zu tun, um sich der europäischen Dimension der Befreiung zu erinnern: Die Tore Neuengammes wie die der vielen anderen Konzentrationslager öffneten sich damals gleichermaßen für Franzosen und Russen, für Belgier und Polen, für Holländer und Tschechen. In Ost- wie in Westeuropa gehört dieser Befreiungsakt zu dem moralischen Fundament, auf dem sich nach 1945 der politische Neuanfang vollzogen hat.

Ist der 8. Mai für die anderen ein 'Tag der Befreiung', für uns Deutsche aber nur der Tag der Niederlage, der Tag des Zusammenbruchs? Sicher ist richtig: Der 8. Mai kann für uns Deutsche kein Anlaß für Festreden sein. Zu sehr ist der Weg, der schließlich bis in das Jahr 1945 geführt hat, von Verbrechen begleitet, die im deutschen Namen begangen wurden. Zu groß war das Opfer an Menschenleben, das fast jede Familie dieser sinnlose Krieg gekostet hat, zu tief der Schmerz, den für viele der Verlust der Heimat bedeutete. Hinzu kommt, daß für Deutschland am 8. Mai 1945 nicht nur die Herrschaft Hitlers geendet hat. Am 8. Mai ist auch der deutsche Nationalstaat zerbrochen. Ist es so unbegreiflich, daß viele dieses Datum damals als Zusammenbruch empfunden haben?

So verständlich Gefühle der Trauer im Angesicht eines zerstörten Deutschlands waren, so ist doch auch richtig, daß sich die Konzentrationslager im Frühjahr 1945 nicht nur für die Russen und Franzosen, für Belgier und Polen, für Holländer und Tschechen geöffnet haben. Auch für die deutschen Häftlinge war die Öffnung der Konzentrationslager ein Tag der Befreiung. Für Tausende von Widerstandskämpfern aus der Arbeiterbewegung, aus den Kirchen, aus der bürgerlichen Opposition war dies ein langersehnter Augenblick. Und nicht nur für sie. Auch außerhalb der Konzentrationslager hat es in



Deutschland nicht an Menschen gefehlt, die mit dem Mut der Verzweiflung der Gewalt-herrschaft widerstanden und ihre Hoffnung auf den Tag der Befreiung gesetzt hatten. Nicht zuletzt den Frauen und Männern des Widerstandes ist es zu danken, daß das Jahr 1945 für Deutschland nicht ein Jahr der Kapitulation geblieben ist, sondern daß daraus auch für unser Land ein demokratischer Neuanfang geworden ist. Ein Neuanfang, für den Schritt um Schritt dann auch die Mehrzahl derjenigen gewonnen wurde, die dem Aufbau eines demokratischen Gemeinwesens zunächst mit Resignation oder Skepsis begegneten.

Zusammenbruch oder Befreiung? - rückwärtsgerichtete Erinnerung wird vor allem den Zusammenbruch, vorwärtsgerichtete Betrachtung die Befreiung in den Mittelpunkt rücken. Wir werden gut daran tun, beide Deutungen in der Schule nicht gegeneinander zu stellen. Beide sind ein Stück der historischen Wahrheit, in beiden steckt von Menschen erlebte und erlittene Erfahrung.

Meine Bitte an Sie ist, die 40jährige Wiederkehr des 8. Mai 1945 in der Schule zu intensiven Gesprächen mit ihren Schülern zu nutzen. So weit die Ereignisse des 8. Mai 1945 zurückliegen - für unsere Kinder liegen sie Jahrzehnte vor ihrer Geburtsstunde -, gleichwohl prägen die politischen und moralischen Konsequenzen der Befreiung vom Faschismus auch noch die Welt, in die unsere Kinder hineinwachsen. Nicht nur in unserem Grundgesetz wirken die Lehren von 1945 fort. Auch in den Gefühlen der Menschen ist die Erfahrung von damals lebendig: 'Nie wieder Krieg!' - dieser im Jahre 1945 durch Europa gehende Schwur hat nichts von seiner Gültigkeit eingebüßt. In ihm treffen sich die Lebensinteressen der Generationen von damals mit den Lebensinteressen der jungen Menschen von heute. Die Gespräche, die wir 40 Jahre danach unserer Jugend schuldig sind, sollten nicht improvisiert werden. Sie bedürfen, damit sie wirklich kritisch und zugleich offen geführt werden können, sorgfältiger Vorbereitung. Aus diesem Grunde rege ich schon heute an, rechtzeitig mit Überlegungen zu beginnen, in welcher Weise dem Datum des 8. Mai 1945 an Ihrer Schule am besten Rechnung getragen werden kann. Das Amt für Schule wird zu diesem Zweck noch entsprechende Hinweise an die Schulen gehen lassen. Solche Anregungen können jedoch nicht die Initiative des einzelnen Kollegen ersetzen. Das Gedenken an den 8. Mai 1945 darf nicht zu einem verordneten Gedanken werden; es sollte eine Besinnung darauf sein, was Schule dazu beitragen kann, damit die wiedergewonnene Freiheit von unserer Jugend in einer auf Erhalt des Friedens angewiesene Welt weitergetragen wird.

Ihr

gez. Joist Grolle."

(-/4.2.1985/hü/ks)

+ + +

